



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell



78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 0711 – 2063-14641

Konstanz, 13.11.2015

Pressemitteilung: „Lehmann fordert mehr Mitsprache für deutsche Gemeinden bei möglichen atomaren Endlagern in der Schweiz“

In einem Schreiben an die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (SPD) fordert der Konstanz Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann die Ausweitung des Betroffenenradius im Verfahren der Standortsuche für ein atomares Tiefenlager in der Schweiz. "Trotz der unmittelbaren Nachbarschaft deutscher Städte und Gemeinden zu einem möglichen atomaren Tiefenlager hat die Schweiz lediglich einen Betroffenenradius von fünf Kilometern definiert. In Anbetracht möglicher Risiken ist das nicht hinnehmbar", kritisiert Siegfried Lehmann.

Seit mehreren Jahren läuft in der Schweiz ein Verfahren zur Suche nach einem geeigneten Tiefenlager für den angefallenen atomaren Müll. Die „Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle“ (Nagra) hat die Standortgebiete Zürich Nordost (Benken) und Jura Ost für die 2017 beginnende dritte Etappe der Standortsuche für geologische Tiefenlager für den gesamten Atommüll der Schweiz zur vertieften Untersuchung vorgeschlagen. Beide verbliebenen Standorte im Verfahren liegen in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze. "Um möglichen Umweltrisiken oder Verkehrsbelastungen in der Grenzregion ernsthaft Rechnung tragen zu können, ist eine Ausweitung der Beteiligungsrechte der deutschen Grenzregion am Planungsprozess eines Tiefenlagers in einem Abstand von 30 Kilometern vom Endlagerstandort zu gewährleisten", macht Lehmann in seinem Schreiben an die Bundesumweltministerin deutlich.

Für die betroffenen Gemeinden und Landkreise der Region ist es unmöglich diese Beteiligungsrechte gegenüber der Schweiz einzufordern. "Die Bundesregierung ist hier gefordert, in einem

zwischenstaatlichen Abkommen mit der Schweiz die Beteiligungsrechte der Grenzregion sicherzustellen", fordert der Abgeordnete Lehmann.

Neben der Ausweitung des Betroffenheitsradius weist Lehmann in seinem Schreiben an die Ministerin auch auf die Notwendigkeit finanzieller und personeller Ressourcen für die Bewertung des Planungsprozesses hin. "Die Wahrung der Interessen der Region ist nur mit einer Beteiligung auf Augenhöhe sicherzustellen", macht Lehmann deutlich. "So muss es beispielsweise den Gemeinden oder dem Landkreis möglich sein, unabhängige Experten oder Gutachter hinzuziehen zu können", so Lehmann weiter.

"In der Region herrscht Einigkeit über die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Regelung", führt der Konstanzer Abgeordnete aus. "Jedoch belegt der jahrelange Stillstand in der Angelegenheit, dass die Aussagen von den Vertretern der Bundesregierung bisher als bloße Lippenbekenntnisse gewertet werden müssen", so der Abgeordnete weiter. "Ich fordere meine CDU- und SPD-Kollegen in der Region auf, ihren Einfluss in der Bundesregierung geltend zu machen und sich endlich mit Nachdruck für eine echte Beteiligung der Region einzusetzen!"